

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitungsdirektor Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Wilsdruff, den 28. Juli 1922. Nr. 174



Wilsdruff, den 28. Juli 1922. Nr. 174

Erste Ausgabe am 2. März 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rosten.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inserenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 174

Freitag den 28. Juli 1922.

81. Jahrgang

Meine Zeitung für eilige Leser.

- * Die kürzlich Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission verlangte die Herausgabe der Monatszahlungen von zwei Millionen Pfund auf 500.000 Pfund Sterling.
- * Die Wahrscheinlichkeit wächst, daß der Verfassungskonflikt zwischen dem Reich und Bayern einer Entscheidung des Reichsgerichts unterbreitet wird.
- * Die Ausfuhrsteuer nach Polen ist im Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen bereits endgültig aufgehoben worden.
- * Die Reparationskommission soll die Verantwortung des deutschen Moratoriums bis nach Schluß der Londoner Konferenz aufgeschoben haben.
- * In Zülich ist der ehemalige türkische Marineminister Djemal Pascha mit seinen beiden Adjutanten von Armeniern erschossen worden.

Ausgleich mit Bayern?

Über die Situation im Konflikt des Reiches mit Bayern wird uns unter dem 26. Juli aus Berlin geschrieben:

Die Landtagsrede des bayerischen Ministerpräsidenten hat auch für die Reichsregierung nimmer die Lage so weit geklärt, daß sie unverzüglich zu bestimmten Entschlüssen wird kommen können. Die Reichsminister sind vollständig verunsichert. Herr Köster ist aus dem Harz, Herr Geisler aus Bayern zurückgekehrt, und das auch vom Reichsjustizminister Dr. Radbruch eingeforderte Gutachten über die von Bayern aufgeworfenen Rechtsfragen dürfte zur Stelle sein.

Daß diese Rechtsfragen zunächst in den Vordergrund gerückt werden, ist sicherlich von Vorteil, denn sie bedürfen, wie die Dinge liegen, diesmal keiner unständlichen Überlegung. Die Reichsverfassung ist gerade in den Sätzen des Artikels 48 über die Notwendigkeit und die Zulässigkeit von Ausnahmeverordnungen im Reich und in den Ländern so unmissverständlich, daß geschulte Juristen wirklich keiner langen Prüfungszeit bedürfen, um zu einem ebenso einwandfreien wie endgültigen Urteil zu gelangen. Aus diesem Grunde könnte man es nur dankbar begrüßen, wenn die Reichsregierung sich zunächst auf den Weg beschränken wollte, der in dieser Richtung allein rasch und gründlich Klarheit zu schaffen vermag. Sie braucht dazu nur die Entscheidung des dazu bestimmten Reichsgerichts anzufragen, um, wie man hoffen darf, schon in wenigen Wochen diese Rechtsfragen in vorbildlicher Weise entschieden zu sehen.

Wird dieser Weg gewählt und führt er zu dem hier vorausgesetzten Ziel, dann bliebe für Bayern nur noch die Wahl, auf Rechtsgründe für sein Verhalten zu verzichten und sich lediglich auf den politischen Machtstandpunkt zurückzuziehen — oder sich der Entscheidung des Reichsgerichts zu unterwerfen. Man darf hoffen, daß in München nur die zweite Möglichkeit in Frage kommen wird. Man darf aber auch der Meinung Ausdruck geben, daß es notwendig sein wird, der bayerischen Regierung und dem bayerischen Landtag einen solchen Entschluß zu erleichtern. Das kann vielleicht geschehen, wenn ihnen in sachlicher Beziehung über den Rahmen hinaus, der in den Schutzgesetzen gegen den bayerischen Widerstand festgesetzt wurde, noch nachträglich Zugeständnisse gemacht werden, welche wieder die Autorität der Reichsregierung noch die Unantastbarkeit des Reichsgedankens gefährden. Man muß von beiden Seiten versuchen, den bisher nicht entdecker Weg der Verständigung zu finden, wobei selbstverständlich kein Teil als Steger, keiner als Besiegter aus dem Widerstreit der Interessen hervorzugehen braucht. Formen und Fassungen für ein solches Kompromiß werden sich bieten, wenn man ernsthaft nach ihnen sucht. Es steht für Berlin wie für München viel zu viel auf dem Spiele, als daß man sich die harte Waise dieses Scheiterns und Hindernisses verdrücken lassen dürfte.

Vertrauensvotum für Lerchenfeld.

Die Erklärungen im bayerischen Landtag. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat es bei der letzten gespannten Lage wünschenswert gefunden, sich die Zustimmung des bayerischen Landtages oder wenigstens der Mehrheit dieses Parlaments zu sichern. An der Sitzung nahm das gesamte Ministerium teil, das Haus war stark besucht, die Tribünen überfüllt.

Gegen das Vertrauensvotum stimmten die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen, die Kommunisten und die Demokraten. Zwei Wähler, die sonst zu den Deutschen Volkspartei zählten, enthielten sich der Abstimmung. Die übrigen Parteien, d. h. die Bayerische Volkspartei, die Bayerische Mittelpartei und der Bauernbund, stimmten für die Regierung.

Die Rede Lerchenfelds.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld gab eine längere Erklärung ab. Die Forderung an Dr. Radbruch habe das deutsche Volk in eine schwere Krise geführt. Die bayerische Regierung sei von Anfang an gewillt gewesen, dem Reich zu geben, was zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Staatsform notwendig ist. Leider sei aber die Politik der mittleren Parteien in Berlin nicht einsehbar gewesen. *(Hier folgt eine längere Rede, die im Originaltext teilweise unleserlich ist.)*

Gelegenheit kommen sehen, ihre Ziele zu verwirklichen, daher seien die Gezeje zu weit nach links ausgeschlagen, hätten einen Ausnahmeharakter bekommen und seien über die Hoheitsrechte der Länder hinweggeschritten. Bayern habe alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft. Es sei mit seinen Zugeständnissen bis an die äußerste Grenze gegangen. Der Staatsgerichtshof bilde einen nicht begründeten Eingriff in die Justizhoheit der Länder. Eine Gefahr schlimmer Art bilde das Beamtengesetz, und das Reichsstrafgesetzbuch lege die Art an die Vollhoheit der Länder. Das sei auch eine Folge der Verdrängung der politischen Atmosphäre gegen Bayern. Die bayerische Regierung erkläre in dem Eingriff in ihre Justiz und Vollhoheit eine Verletzung der Verfassung, die mit dem Sinne der Reichsverfassung im Widerspruch stehe. Bayern betrachte den Kampf gegen diese Gezeje mit der Annahme im Reichstag nicht für erledigt. Die verweirte Stimmung weiterer Kreise des bayerischen Volkes sei auf die Beforgnis zurückzuführen, daß die bayerische Staatlichkeit Stück um Stück verloren gehe und Bayern zur Provinz herabgedrückt werden wird. Die trostlose Lage des Reiches hätte die Reichsregierung veranlassen müssen, alles zu vermeiden, was Parteipolitik erzeuge. Insofern tritt sie schwere Verantwortung. Die bayerische Regierung habe einen Weg eingeschlagen müssen, um Rückschläge gegen Ruhe und Ordnung im Lande zu vermeiden. Die Regierung werde den verfassungsmäßigen Schutz energisch durchzuführen. Der Ministerpräsident warnte die Sozialdemokraten davor, die Volksfrage aufzurohren und ersuchte schließlich um eine Entscheidung des Hauses, ob es gewillt sei, die Regierung zu unterstützen.

Erklärungen der Parteien.

Die Bayerische Volkspartei (Zentrum) stellte sich durch den Fraktionsvorsitzenden Feld hinter die Regierungserklärung und sprach dem Kabinett Verzeihen für ihr Vertrauen und ihren Dank für die menschliche Tat aus.

Die Reichssozialisten erklärten durch ihren Fraktionsvorsitzenden Tamm die bayerische Verordnung für einen Treubruch am Reich und für eine Verfassungsverletzung, die ohne Beispiel in der Geschichte sei. Das Wort habe jetzt Reichsregierung, Reichstag und Reichspräsident.

Die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) sagte durch ihren Fraktionsvorsitzenden Hilpert der bayerischen Regierung ihre Unterstützung zu.

Die Erklärung der Unabhängigen Sozialdemokraten trug deren Redner Reichs zwei Ordnungsrufer ein. Reichs nannte das Vorgehen der bayerischen Regierung einen unverhüllten, nackten Verfassungsverstoß, mit dem sie den Weg des Reichsverrats betritten habe.

Kommunisten und Demokraten wies ihr Vorsitzender Dir nochmals auf ihre Bemühungen zur Abwendung der Sondergezeje hin. Nachdem sie nun aber einmal Reichsgezeje geworden seien, könne die demokratische Fraktion das jegliche Vorgehen der bayerischen Regierung nicht billigen, sondern erachte es für verfassungswidrig.

Der Bauernbund (Staebele) billigte die Haltung der bayerischen Regierung.

Amort (Kommunist) warf ihr Bruch der Weimarer Verfassung vor, was Präsident Radbruch zurückwies.

Für die beiden der Deutschen Volkspartei angehörenden pfälzische Abgeordneten beklagte es Abg. Bürger, daß mit der Verordnung zum erstenmal ein Unterschied zwischen Bayern und der Pfalz gemacht werde. Sie würden deshalb sich der Stimme enthalten.

Der Fall Leoprechting.

In der Mittwochssitzung des bayerischen Landtages lagen zwei Interpellationen vor wegen des bekannten Falles Leoprechting. In der Begründung für die Bayerische Volkspartei legte der Abgeordnete Graf Pechalozza den Nachdruck auf die Beziehungen des Reichsgeheimen Graf Zech zu Leoprechting, während der Vertreter der Mittelpartei, der frühere Justizminister Roth, mehr gegen den französischen Gesandten Dard als gegen Zech vortrug und die Abberufung des französischen Gesandten verlangte.

Ministerpräsident Lerchenfeld legte dar, der gegen den Freiherrn Hubert Leoprechting durchgeführte Hochverratsprozess habe dargelegt, daß Leoprechting im Solde einer fremden Macht die Trennung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands betrieben habe. Er hat seine Pläne dadurch gefördert, daß er gleichzeitig in Berlin durch mehr als fünfzehn Monate unter der Maske des Reichsfreundes Bayern und seine Regierung verächtigt hat, als begünstige sie Bestrebungen zur Loslösung vom Deutschen Reich und zur gewaltsamen Änderung der Staatsform. Leoprechting war nicht nur bestrebt, diesen Veracht zu fassen, sondern er hatte auch den Plan gefaßt, die heimliche Überwachung Bayerns durch Berliner Stellen herbeizuführen, um das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich zu trüben. Was die Verbindung des Leoprechting mit dem französischen Gesandten anbelangt, so sei es nicht nötig, die Veronen fremder Gesandter in die Debatte zu ziehen. Graf Lerchenfeld versichert in dieser Beziehung, daß er bei der Reichsregierung die nötigen Schritte getan habe. Es ist ferner richtig, daß von Seiten der französischen Regierung Schritte beim auswärtigen Amt und bei der Regierung wegen der gerichtlichen Behandlung des Falles Leoprechting unternommen worden sind. Graf Lerchenfeld bestätigte, daß die bayerische Regierung der Reichsregierung nahegelegt habe, den Berliner Gesandten Grafen Zech von München abzurufen, wobei dessen persönliche Ehrenhaftigkeit nicht berührt werde. Der Ministerpräsident erwähnte eingehend verschiedene Einzelfälle aus dem Wirken des Leoprechtings und verwies noch besonders darauf, daß der preussische Staatskommissar Weikmann für den Nachrichtendienst Leoprechtings monatlich 2500 Mark bezahlte habe.

In der folgenden Debatte kam es zu heftigen Zusammenstoßen zwischen den Sozialisten und den Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei, die von der Linken bezeugt wurden, daß sie eben unter allen Umständen den Reichsgeheimen Grafen Zech aus München entfernt haben wollten.

Der Münchener Stadtrat für das Reich. Der Münchener Stadtrat nahm einen Dringlichkeitsantrag der Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialisten an, in dem die Stellungnahme der bayerischen Regierung gegenüber dem vom Reichstag und Reichsrat beschlossenen Gesetz zum Schutze der Republik bedauert und verurteilt wird. Durch diese Stellungnahme würden ernste Gefahren in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht hervorgerufen, die den schwer erschütterten Volkserker auf neue gefährden und in ihren Folgen die Reichseinheit bedrohen. Der Stadtrat erwiderte von der bayerischen Regierung, daß sie ihre verhängnisvollen Beschlüsse umgehend zurücknimmt.

Aufmerksamkeit in Paris.

Die Spannung zwischen den Regierungen des Reiches und Bayerns wird in Paris mit unerbittlicher Genauigkeit begriffen. Die Pariser Blätter veröffentlichen ausführliche Meldungen darüber. Das Echo de Paris schreibt, der französische Gesandte in München, Dard, habe in seinen Berichten forgesetzt betont, daß der Patriotismus in Bayern über den Partikularismus triumphiere und mit der Möglichkeit einer Trennung Bayerns vom Reich nicht zu rechnen sei. Die französischen Patrioten würden sich natürlich freuen, wenn eine Spaltung in Deutschland eintrete. Leider sei der Haß gegen die Franzosen in München vielleicht noch größer als die Abneigung gegen Preußen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Bei einer in Elberfeld abgehaltenen volksparteilichen Veranstaltung äußerte sich Abg. Dr. Stresemann, nachdem er erneut erklärt hatte, daß die Deutsche Volkspartei auf jeden Fall positive Arbeit auf dem Boden der heutigen Staatsform leisten wolle, über das Verhältnis zu den Deutschnationalen, es werde so lange getrübt bleiben, bis die Deutschnationale Volkspartei ihre Reihen gesäubert habe und den alten Grundsatz: „Opposition auf jeden Fall“ aufgeben habe.

Sinnes über den Mord an Rathenau.

In einer Versammlung des Deutschen Demokratischen Parteiaussschusses Hamburgs erklärte Abgeordneter Dr. Petersen, eine Verstärkung der Koalition nur nach links sei innen- und außenpolitisch nicht erträglich. Bei der Deutschen Volkspartei sei eine Schwänzung zur Politik der Mitte festzustellen. So habe sich in erster Linie die Schwerindustrie Rheinlands und Westfalens für die Republik erklärt. Sinnes sagte nach dem Mord an Rathenau, daß die Nordfrage, die Rathenau traf, auch die Monarchie endgültig getötet habe. Einer Regierung von Stresemann bis Christoph, hinter der der größte Teil des deutschen Volkes und auch ein Teil des deutschen Kapitals stehe, werde das Ausland in der Auseinandersetzung viel mehr Vertrauen entgegenbringen.

Deutsch-Osterreich.

× Postfusionsbestrebungen der Alpenländer. In der Sitzung der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Innsbruck wurde von einem Kammermitglied die Mitteilung gemacht, es seien Verhandlungen zur Selbständigkeitsklärung Tirols und Vorarlbergs im Gange, geführt von privater Seite und entstanden durch die Ausschließung des Anschlusses an Deutschland. Auch an eine Befreiung Osterreichs glaube niemand mehr.

Großbritannien.

× Internationaler Friedenskongress. In London wurde in Anwesenheit von 500 Delegierten, die 20 Nationen vertreten, der 22. Internationale Friedenskongress eröffnet. H. A. L. Fisher, der Vertreter der britischen Regierung, erklärte in einer Rede, das Hauptziel der britischen Politik sei die Erhaltung des Friedens. Es liege nicht im Interesse der Zivilisation, daß die Welt in zwei Lager, in das der Sieger und das der Besiegten, geteilt sei. Die britische Regierung habe den Wunsch, daß Deutschland in diesem Jahre um seine Zulassung zum Völkerverband nachsuche. Es sei höchste Zeit, daß ein wirklicher Fortschritt auf dem Wege des internationalen guten Willens gemacht werde. Die Welt müsse von der Last der Rüstungen befreit werden, damit mindestens während einer Generation ein neuer großer Krieg, unmöglich sei.

Italien.

× Das deutsche Eigentum in Italien. Das Abkommen über das deutsche Eigentum ist unterzeichnet worden auf Grund der Ermächtigung des Ministerrats und vorbehaltlich der Genehmigung des neuen Ministeriums. Die Abschlußsumme beträgt 800 Millionen Papierlire in Ratenzahlungen. Gegebenenfalls werden zur Deckung der Kosten die Eigentümer herangezogen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der aussichtsreichste Kandidat für den Reichstagsposten in Moskau ist auserkoren der frühere Reichsminister des